

Gemeinde Kirchberg an der Murr Rems-Murr-Kreis

SATZUNG ÜBER DIE ERHEBUNG VON VERWALTUNGSGEBÜHREN (VERWALTUNGSGEBÜHRENSATZUNG)

Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) und der §§ 2 und 8 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) durch Beschluss des Gemeinderats der Gemeinde Kirchberg an der Murr vom 25. Februar 1993 (MTB Nr. 9/1993 vom 04.03.1993), geändert durch Beschluss vom 05.12.1996 (MTB Nr. 50/1996 vom 12.12.1996), geändert durch Beschluss vom 29.11.2001 (MTB Nr. 49/2001 vom 6.12.2001).

§ 1 Gebührenpflicht

Die Gemeinde Kirchberg an der Murr erhebt für Amtshandlungen, die sie auf Veranlassung oder im Interesse Einzelner vornimmt, Verwaltungsgebühren nach dieser Satzung, soweit nicht Bundesrecht oder Landesrecht etwas anderes bestimmen. Unberührt bleiben Bestimmungen über Verwaltungsgebühren in besonderen Gebührensatzungen der Gemeinde.

§ 2 Gebührenfreiheit

- (1) Gebühren werden nicht erhoben für Amtshandlungen, die
1. Angelegenheiten der öffentlichen Fürsorge und der Kriegsopterfürsorge, die Durchführung des Schwerbehindertengesetzes sowie das Ausweiswesen für Schwerbehinderte betreffen,
 2. die Durchführung des Wehrpflichtgesetzes sowie des Unterhaltssicherungsgesetzes betreffen,
 3. dem Arbeitsfrieden dienen,
 4. sich aus dem Dienstverhältnis der Beamten, Angestellten, Arbeiter und Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes ergeben,
 5. Gnadensachen, betreffen,
 6. überwiegend im öffentlichen Interesse vorgenommen werden,
 7. in Verfahren vorgenommen werden, die von der Gemeinde ganz oder überwiegend nach den Vorschriften der Abgabenordnung durchzuführen sind, mit Ausnahme der Entscheidung über Rechtsbehelfe,
 8. geringfügiger Natur sind, insbesondere einfache Auskünfte.

(2) Von der Entrichtung der Gebühren sind, soweit Gegenseitigkeit besteht, befreit

1. das Land Baden-Württemberg,
2. die Bundesrepublik Deutschland,
3. die juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die nach den Haushaltsplänen des Landes oder des Bundes für Rechnung des Landes oder des Bundes verwaltet werden,
4. die Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände in Baden-Württemberg.

Die Befreiung tritt nicht ein, soweit die in Satz 1 genannten berechtigt sind, die Gebühren Dritten aufzuerlegen. Nicht befreit sind ferner die Sondervermögen im Sinne von § 26 der Bundeshaushaltsordnung in der jeweils geltenden Fassung, die kaufmännisch eingerichteten Betriebe und die betriebswirtschaftlichen Unternehmen und Einrichtungen des Landes und der Bundesrepublik Deutschland sowie die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Bundespost. Dasselbe gilt für die wirtschaftlichen Unternehmen der Gemeinden (§ 102 der Gemeindeordnung), der Gemeindeverbände und der Zweckverbände.

§ 3 Gebührenschuldner

(1) Zur Zahlung der Gebühr ist verpflichtet

1. wer die Amtshandlung veranlasst oder in wessen Interesse sie vorgenommen wird,
2. wer die Gebührenschuld der Gemeinde gegenüber durch schriftliche Erklärung übernommen hat oder für die Gebührenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.

(2) Mehrere Gebührenschuldner haften als Gesamtschuldner.

§ 4 Gebührenhöhe

(1) Die Gebührenhöhe richtet sich nach dem dieser Satzung beigefügten Gebührenverzeichnis. Das Gebührenverzeichnis ist Bestandteil der Satzung. Für Amtshandlungen, für die im Gebührenverzeichnis weder eine Verwaltungsgebühr bestimmt ist noch Gebührenfreiheit vorgesehen ist, ist eine Gebühr von 1,50 EUR bis 2.500,00 EUR zu erheben.

(2) Ist eine Gebühr innerhalb eines Gebührenrahmens zu erheben, bemisst sich ihre Höhe nach dem Verwaltungsaufwand, nach der Bedeutung des Gegenstandes, nach dem wirtschaftlichen oder sonstigen Interesse für den Gebührenschuldner sowie nach seinen wirtschaftlichen Verhältnissen.

(3) Ist eine Gebühr nach dem Wert des Gegenstandes zu berechnen, so ist der Verkehrswert zur Zeit der Beendigung der Amtshandlung maßgebend. Der Gebührenschuldner hat auf Verlangen den Wert des Gegenstandes nachzuweisen. Bei Verweigerung oder ungenügender Führung des Nachweises hat die Behörde den Wert auf Kosten des Gebührenschuldners zu schätzen. Sie kann sich hierbei Sachverständiger bedienen.

(4) Wird der Antrag auf Vornahme einer Amtshandlung abgelehnt, wird ein Zehntel bis zum vollen Betrag der Gebühr erhoben. Wird der Antrag ausschließlich wegen Unzuständigkeit abgelehnt, wird keine Gebühr erhoben. Wird der Antrag auf Vornahme einer Amtshandlung, mit dessen sachlicher Bearbeitung begonnen ist, vor Beendigung der Amtshandlung zurückgenommen oder unterbleibt die Amtshandlung aus sonstigen, vom Schuldner zu vertretenden Gründen, so wird je nach dem Stand der Bearbeitung ein Zehntel bis zur Hälfte der vollen Gebühr erhoben. Die Mindestgebühr beträgt 1,50 EUR.

§ 5 Entstehung der Gebühr

Die Gebührenschuld entsteht mit Beendigung der Amtshandlung, für die sie erhoben wird. Bei Zurücknahme eines Antrags nach § 4 Absatz 4 Satz 3 dieser Satzung entsteht die Gebührenschuld mit der Zurücknahme, in den anderen Fällen des § 4 Absatz 4 Satz 3 dieser Satzung mit der Bekanntgabe der Gebührenfestsetzung.

§ 6 Fälligkeit, Zahlung

(1) Die Gebühr wird durch schriftlichen oder mündlichen Bescheid festgesetzt und ist mit der Bekanntgabe der Gebührenfestsetzung an den Schuldner fällig.

(2) Schriftstücke oder sonstige Sachen können bis zur Entrichtung der Gebühr zurückbehalten oder an den Gebührenschuldner auf dessen Kosten unter Nachnahme der Gebühr übersandt werden.

(3) Die Vornahme einer Amtshandlung kann davon abhängig gemacht werden, dass die Gebühr ganz oder teilweise vorausgezahlt oder für sie Sicherheit geleistet wird. Von der Anforderung einer Vorauszahlung oder der Anordnung einer Sicherheitsleistung ist abzusehen, wenn dadurch eine für den Gebührenschuldner unzumutbare Verzögerung entstehen würde oder dies aus sonstigen Gründen unbillig wäre.

§ 7 Auslagen

(1) In der Verwaltungsgebühr sind die der Gemeinde erwachsenden Auslagen inbegriffen. Der Ersatz der Auslagen wird besonders verlangt, soweit diese das übliche Maß erheblich übersteigen. Der Ersatz der Auslagen wird in der tatsächlichen Höhe verlangt, wenn für eine Amtshandlung keine Gebühr erhoben wird.

(2) Auslagen nach Absatz 1 Satz 2 sind insbesondere

1. Telegrammgebühren,
2. Reisekosten,
3. Kosten öffentlicher Bekanntmachungen,
4. Vergütungen für Zeugen und Sachverständige sowie sonstige Kosten der Beweiserhebung,
5. Vergütungen an andere juristische oder natürliche Personen für Leistungen und Lieferungen,
6. Kosten der Beförderung und Verwahrung von Personen und Sachen.

(3) Auf die Erstattung von Auslagen sind die für die Verwaltungsgebühren geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden. Der Anspruch auf Erstattung der Auslagen entsteht mit der Aufwendung des zu erstattenden Betrags.

§ 8 Schlussvorschriften

(1) Die Satzung tritt am Tage nach der amtlichen Bekanntmachung in Kraft. Die Satzungsänderung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

(2) Zur gleichen Zeit treten die Verwaltungsgebührenordnung vom 12. Mai 1977, die Satzungsänderung vom 08. Dezember 1983 und alle sonstigen dieser Satzungen entsprechenden oder widersprechenden Vorschriften außer Kraft.

- Die Satzung ist am 5. März 1993 in Kraft getreten.
- Die 1. Satzungsänderung ist am 13. Dezember 1996 in Kraft getreten (Änderung des Gebührenverzeichnisses).
- Die 2. Satzungsänderung ist am 1. Januar 2002 in Kraft getreten.

GEBÜHRENVERZEICHNIS
- Anlage zur Verwaltungsgebührensatzung -
vom 25. Februar 1993, geändert am 05. Dezember 1996,
geändert am 29. November 2001

| Lfd. Nr. | Amtshandlung | Gebühr in EUR |
|-------------|--|---|
| 1 | Ablehnung eines Antrags usw. (§ 4 Abs. 4 Satz 1 oder Satzung) wegen Unzuständigkeit gebührenfrei | 1/10 bis volle Gebühr, mindestens 1,50 |
| 2 | Allgemeine Verwaltungsgebühr (§ 4 Abs. 1 Satz 3 der Satzung) | 1,50 bis 2.500,00 |
| 3 | Anträge Bearbeitung von mündlichen und schriftlichen Anträgen, Erklärungen, Gesuchen und dergl., die von der Gemeinde nicht in eigener Zuständigkeit zu bescheiden sind, soweit die Mitwirkung der Gemeinde nicht vorgeschrieben oder angeordnet ist | 1,50 bis 100,00 |
| 4 | Auskünfte insbesondere aus Akten und Büchern oder Einsichtnahme in solche mündliche Auskünfte sind gebührenfrei | 1,50 bis 50,00 |
| 5 | Bauordnungsrecht | |
| 5.1 | Bestätigung des Zeitpunktes des Eingangs der vollständigen Bauvorlagen im Kenntnissgabeverfahren (§ 53 Abs. 3 Nr. 1 LBO) | 0,5 vom Tausend der Baukosten, bzw. der Abbruchkosten, mind. 100,00 |
| 5.2 | Mitteilung nach § 53 Abs. 4 LBO | wie 5.1 |
| 5.3 | Benachrichtigung der Angrenzer im Kenntnissgabeverfahren (§ 55 LBO) | 5,00 je zu benachrichtigendem Angrenzer, mind. 25,00 |
| 6 | Befreiung (Ausnahmebewilligung, Dispens) von gesetzlichen Vorschriften oder gemeindlichen Bestimmungen | 2,50 bis 500,00 |
| 7 | Beglaubigung, Bestätigungen | |
| 7.1 | Amtliche Beglaubigung von Unterschriften, Handzeichen und Siegeln Werden mehrere Unterschriften gleichzeitig in einer Urkunde beglaubigt oder wird die Unterschrift einer Person mehrfach auf verschiedenen Urkunden, aber aufgrund eines gleichzeitig gestellten Antrags beglaubigt, so kommt nur für die erste Unter- | 1,50 bis 125,00 |

schrift die volle Gebühr, für jede weitere die Hälfte der für die erste erhobenen Gebühr zum Ansatz.

- 7.2** Amtliche Beglaubigung der Übereinstimmung von Abschriften, Auszügen, Niederschriften, Ausfertigungen, Fotokopien usw. aus amtlichen Akten oder privaten Schriftstücken mit der Urschrift je Seite 0,50 bis 5,00 mindestens 1,50
- 7.3** Bestätigungen der Übereinstimmung von Abschriften, Auszügen, Niederschriften, Ausfertigungen, Fotokopien usw. aus amtlichen Akten oder privaten Schriftstücken mit der Urschrift je Seite 0,50 bis 2,50 mindestens 2,50
- 7.4** Wird die Abschrift, Ausfertigung, Fotokopie usw. von der Gemeinde selbst hergestellt, so kommen die Schreibgebühren (Nr. 18) hinzu.
- 8 Bescheinigungen**
- 8.1** Bestätigungen, Zeugnisse, Atteste, Ausweise aller Art (auch Zweit- und Mehrfertigungen, soweit nichts anders bestimmt ist) 1,50 bis 50,00
- 8.2** die Ausstellung von Negativzeugnissen gemäß § 28 Abs. 1 BauGB 10,00
- 8.3** Gebührenfrei sind Bestätigungen die die Gemeinde für den Empfänger und die Verwendung von Zuwendungen für steuerbegünstigte Zwecke im Sinne des Einkommen- und Körperschaftsteuerrechts z.B. §§ 10 b EStG, 9 Nr. 3 KStG) ausstellt (Spendenbescheinigungen).
- 9 Bestattungsrecht**
- 9.1** Ausstellung eines Leichenpasses (§§ 44 und 45 Bestattungsgesetz) 10,00
- 9.2** Unbedenklichkeitsbescheinigung für Feuerbestattung (§ 16 Abs. 2 Nr. 2 Bestattungsverordnung) 5,00
- 10 Feiertagsrecht**
- 10.1** Befreiung von verbotenen Tätigkeiten während des Hauptgottesdienstes (§§ 77 Abs. 2, 12 Abs. 1 Feiertagsgesetz) 10,00 bis 50,00
- 10.2** Befreiung vom Tanzverbot an bestimmten Feiertagen (§§ 11, 12 Abs. 1 Feiertagsgesetz)
- 10.2.1** pro Tag, an dem Tanzveranstaltungen von 3.00 bis 24.00 Uhr verboten sind 25,00 bis 100,00
- 10.2.2** pro Tag, an dem Tanzveranstaltungen während des ganzen Tages verboten sind 50,00 bis 200,00
- 11 Fundsachen**
Aufbewahrung einschließlich Aushändigung an den Verlierer, Eigentümer oder Finder
- 11.1** bei Sachen bis zu 500,00 EUR Wert 2 % des Werts,

| | | |
|---------------|--|---|
| | | mindestens jedoch 1,50 |
| 11.2 | bei Sachen über 500,00 EUR Wert | 2 % von 500,00 und 1 % des Mehrwer- tes |
| 12 | Genehmigungen, Erlaubnisse, Zulassungen, Konzessionen, Bewilligungen und dergl. aller Art, soweit nichts anderes bestimmt ist | 2,50 bis 500,00 |
| 13 | Gutachten (Augenscheine) nach dem Wert des Gegenstands | 1 bis 5 %, mindes- tens jedoch je angefangene halbe Stunde der Inanspruchnahme 12,50 |
| 14 | Amtshandlungen im Kirchenaustrittsverfahren je Erklärung | 25,00 |
| 15 | Melderecht | |
| 15.1 | Auskünfte aus dem Melderegister | |
| 15.1.1 | einfache Auskunft (§ 32 Abs. 2 MG) Meldegesetz - MG | 5,00 |
| 15.1.2 | erweiterte Auskunft (§ 32 Abs. 2 MG) | 10,00 |
| 15.1.3 | Gruppenauskunft (§ 32 Abs. 3, § 34 Abs. 1, 2 und 3 MG) jeweils für jede Person, auf die sich die Auskunft erstreckt | 1,50 |
| 15.1.4 | Gruppenauskunft nach Nr. 15.1.3 die mit Hilfe der automatischen Datenverarbeitung gegeben sind | 15,00 bis 2.500,00 |
| 15.2 | Datenübermittlungen | |
| 15.2.1 | Datenübermittlungen an Behörden und sonstige öffentliche Stel- len (§ 29 MG) und an öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaf- ten (§30 MG) jeweils für jede Person, auf die sich die Daten- übermittlung erstreckt. | 1,50 |
| 15.2.2 | Datenübermittlung nach Nr. 15.2.1, die mit Hilfe der automati- schen Datenverarbeitung vorgenommen wurde | 10,00 bis 2.500,00 |
| 15.3 | Bescheinigungen der Meldebehörde Zusätzliche Meldebestätigungen und sonstige Bescheinigungen der Meldebehörde je Bescheinigung Werden mehrere gleichlautende Bescheinigungen gleichzeitig beantragt, so ermäßigt sich die Gebühr für jede weitere Beschei- nigung auf die Hälfte. | 5,00 |
| 15.4 | Sonstige Amtshandlungen der Meldebehörde | 2,50 bis 500,00 |
| 15.5 | Gebührenfrei sind | |
| 15.5.1 | die Bearbeitung einer Meldung oder Anzeige sowie die Meldebe- stätigung, | |
| 15.5.2 | die Auskunft an den Betroffenen (§ 11 MG), | |
| 15.5.3 | die Berichtigung, Ergänzung, Sperrung und Löschung von Daten des Melderegisters (§§ 12,13 MG). | |
| 16 | Rechtsbehelfe | |

(Widerspruch, Einspruch im Wahlanfechtungsverfahren, Gegen-
vorstellungen, Dienstaufsichtsbeschwerde)

| | | |
|---------------|--|---|
| 16.1 | Wenn die Rechtsbehelfe im wesentlichen als unzulässig oder unbegründet zurückgewiesen werden oder wenn die Gebühr einem Gegner auferlegt werden kann, der die angefochtene Verfügung oder Entscheidung beantragt hat | 5,00 bis 250,00 |
| 16.2 | bei Zurücknahme der Rechtsbehelfe wenn kein Grund vorliegt, von einem Gebührensatz abzusehen (§ 4 Abs. 4 Satz 3 der Satzung) | 1/10 bis ½ der Gebühr nach 16.1 mindestens 1,50 |
| 17 | Sammlungswesen Erlaubnis nach § 3 Sammlungsgesetz | 10,00 bis 200,00 |
| 18 | Schreibgebühren | |
| 18.1 | Ausfertigungen und Abschriften oder Auszüge aus Akten, Protokollen von öffentlichen Verhandlungen, amtlichen Büchern, Registern usw. (sofern sie nicht durch Ablichtung hergestellt wurden), je angefangene Seite DIN A 4 (der Ausfertigungs- und Beglaubigungsvermerk wird mitgerechnet). | |
| 18.1.1 | für Schriftstücke, die in deutscher Sprache abgefasst sind | 5,00 |
| 18.1.2 | für Schriftstücke, die in fremder Sprache abgefasst sind | 10,00 |
| 18.1.3 | für Schriftstücke in tabellarischer Form, Verzeichnisse, Listen, Rechnungen, Zeichnungen, wissenschaftliche Texte wird die Schreibgebühr nach dem Zeitaufwand berechnet, der zur Herstellung benötigt wird. Sie beträgt für jede angefangene Viertelstunde | 6,50 |
| 18.2 | Für Ablichtungen (Fotokopien) und mittels Textautomat erstellte Mehrstücke werden erhoben | |
| 18.2.1 | bei einem Format bis zu DIN A 4 jede Seite | 0,75 |
| 18.2.1 | bei einem größeren Format jede Seite | 1,25 |
| 19 | Straßenrechtliche Sondernutzung Erteilung der Erlaubnis zur Benutzung einer Straße über den Gemeingebrauch hinaus | 10,00 bis 250,00 |
| 20 | Zurücknahme eines Antrages (§ 4 Abs. 4 Satz 3 der Satzung) | 1/10 bis ½ der vollen Gebühr, mindestens 1,50 |